

V1

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Elias Krenzel (GJ Münster)

Titel: Die Grüne Jugend NRW ist ein Anti-Kapitalistischer Jugendverband

Antragstext

1 Als Grüne Jugend NRW stellen wir fest, dass echter Klimaschutz und soziale
2 Gerechtigkeit nicht mit dem Kapitalismus vereinbar sind. Zudem stellt die Grüne
3 Jugend NRW fest, dass durch die Kapitalakkumulation im Kapitalismus eine
4 undemokratische Machtkonzentration entsteht, die zu unterbinden ist. Daher
5 werden wir uns künftig verstärkt als anti-kapitalistischen Jugendverband
6 präsentieren und diese Überzeugung in die Öffentlichkeit sowie in die Grüne
7 Partei tragen.

Begründung

Das kapitalistische Wirtschaftssystem funktioniert einwandfrei - nur nicht für 90% der Bevölkerung in Deutschland. Vom Rest der Welt wollen wir gar nicht erst anfangen. Es ist darauf angelegt, Reichtum dort zu vermehren, wo er bereits ist. Das Aufstiegsversprechen ist allerspätestens seit 30 Jahren nur noch eine leere Worthülse, die für fast niemanden Realität wird. Mit einem Mediangehalt wird es niemandem möglich sein, sich Eigentum zu leisten oder in der Klassengesellschaft, die der Kapitalismus erschafft, aufzusteigen. Wir leben nicht in einer Leistungsgesellschaft, sondern einer Erbgengesellschaft - wer nicht erbt, wird immer zu stetig steigenden Mieten leben müssen und nie ökonomisch frei sein. Unsere Arbeitskraft dient dazu, den obszönen Reichtum der Wenigen zu mehren, während wir gerade so über die Runden kommen. Der Reichtum dieser Menschen erschafft Armut - in Deutschland und vor allem auch im Rest der Welt! Die BMW-Erben beispielsweise "verdienen" pro Stunde je 1.5 Mio. Euro. Leistungslos. Das ist Ausbeutung!

Außerdem ist die Ideologie des grenzenlosen Wachstums, die dem Kapitalismus innewohnt, für die Klimakatastrophe, das Artensterben und die Umweltzerstörung maßgeblich verantwortlich. Das muss enden!

Hinzu kommt, dass die undemokratische Macht, die mit großem materiellen Reichtum einhergeht, unsere Demokratie und Freiheit gefährdet - der Blick in die USA und auf die Wahlergebnisse der AfD verdeutlicht dies und zeigt, wie dringlich die Lage ist!

Wir wurden so sozialisiert, dass das kapitalistische System alternativlos ist. Lasst uns das überwinden! Alternativen sind denkbar. Wir können in einem besseren System leben - einem System, in dem Konzernprofite nicht mehr über dem Leben und Wohlergehen der Menschen und über einer heilen Umwelt und einem gesunden Klima stehen.

V2

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: GJ Bielefeld (dort beschlossen am: 24.04.2025)

Titel: Gleichberechtigung heißt Gleichberechtigung!

Antragstext

1 Seit Jahrzehnten wird für Gleichberechtigung gekämpft, und es gab Fortschritte,
2 aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Während sich die Gender-Pay-Gap nur
3 kriechend schließt, steigt im Gegenzug die Gewalt an Frauen rasant an. Das
4 Patriarchat ist immer noch allgegenwärtig, an jedem Tag, in jedem Produkt, in
5 jeder Struktur und auch in der Wahl eines Kanzlers, der in der Vergangenheit
6 gegen die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe stimmte.

7 Wir müssen uns dafür einsetzen, dass Politik feministischer wird. Mehr
8 Sichtbarkeit, mehr Gelder, mehr Priorität!

9 **Ungleiche Bezahlung muss beendet werden!**

10 Trotz minimaler Verbesserungen in den letzten Jahren schließt sich die Gender-
11 Pay-Gap viel zu langsam. Ihre bloße Existenz ist politisch und gesellschaftlich
12 nicht hinnehmbar. Noch dramatischer ist die Lage bei der Care-Arbeit. Erziehung,
13 Haushalt, Pflege: Bei all dem, was Gesellschaft, Familie und Privatleben
14 organisiert, arbeiten Patriarchat und Kapitalismus Hand in Hand, um die Arbeit
15 von Frauen weitestgehend unbezahlt auszubeuten. Sobald eine Frau ein Kind hat,
16 sinkt ihr erwartbares finanzielles Einkommen um über 50% gegenüber dem
17 männlichen Durchschnitt. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass Frauen immer noch
18 44% mehr unbezahlte Care-Arbeit leisten als Männer. Diese Ungleichheit muss
19 beseitigt werden, damit jede Person die gleichen, auch finanziellen,
20 Entfaltungsmöglichkeiten in ihrem Leben hat.

21 Wir fordern: Jede arbeitende Person sollte das Recht auf einen umfassenden
22 Auskunftsanspruch haben, um Löhne transparent und vergleichbar zu machen. Bei

23 Qualität und Menge des Betreuungs- und Pflegeangebots darf nicht gespart werden!
24 Personen, die nach der Elternzeit in den Beruf zurückkehren, müssen umfassende
25 Unterstützung erhalten, um in gleicher Position wieder einzusteigen.

26 **Gewalt an Frauen muss ein Ende gesetzt werden!**

27 Fast jeden Tag findet in Deutschland ein Femizid statt. 2023 wurden 938 Femizide
28 versucht. 360 davon endeten tödlich. Fälle von sexualisierter Gewalt gegen
29 Frauen und Mädchen stiegen um 6,2%. Politisch Frauenfeindliche Straftaten
30 stiegen um 65,3%, digitale Gewalt gegen Frauen und Mädchen stieg um 25%.

31 Diese Zahlen sollten mehr als nur besorgniserregend sein. Doch trotz des Trends
32 ist Gewalt an Frauen in der öffentlichen Debatte maximal ein Randthema. Auch bei
33 der Aufklärung von Taten zeigt sich häufig folgendes Muster: Die Opfer sehen
34 sich unter hohem Rechtfertigungsdruck ("Was hattest du an?"), mit Tätern wird
35 hingegen sympathisiert, Drohungen werden nicht ernst genommen.

36 Wir fordern: Gewalt an Frauen muss endlich politisch bekämpft werden!
37 Beratungsstellen, Schutzräume und Frauenhäuser müssen massiv ausgebaut werden
38 und für jede schutzsuchende Frau zugänglich sein, das inkludiert auch Trans*
39 Personen sowie geflüchtete Frauen. Bei bekannter Bedrohung muss entschlossen
40 gehandelt werden, z.B. über Fußfesseln. Frauen dürfen nicht weiter sterben, nur
41 weil die Bedrohung nicht ernst genommen wird! Frauen dürfen nicht getötet
42 werden, nur weil sie Frauen sind!

43 **Gesundheitspolitik ist nicht nur für cis-Männer da!**

44 Nicht nur das direkte Verhalten gegenüber FINTA* Personen ist patriarchal
45 geprägt, auch in Gesundheitsrelevanten Bereichen werden sie nicht annähernd
46 ausreichend miteinbezogen. Medikamente, und Sicherheitsstandards, wie z.B. in
47 Autos, sind überwiegend auf cis-Männer zugeschnitten. FINTA* Personen haben
48 dadurch ein signifikant erhöhtes Risiko an Nebenwirkungen zu leiden oder
49 Verletzungen zu haben.

50 Wir fordern: Ende mit patriarchaler Ignoranz! Tests und Studien müssen quotiert
51 werden, sowie auf die Individualität von Körpern eingehen. In Zuge dessen müssen
52 außerdem Prüfungsrichtlinien verschärft und das Personal weiter geschult werden.

53 **Trans* Personen als Zielscheibe rechter Politik!**

54 Im patriarchalen System, werden trans* Personen systematisch entmenschlicht,

55 diskriminiert oder erfahren psychische und physische Gewalt. Vor allem poc
56 Transfrauen sind besonders von körperlicher und sexualisierter Gewalt betroffen.

57 Wir leben in einem System, indem Machtpositionen in verschiedensten
58 Institutionen hauptsächlich von cis-Männern besetzt sind. Trans* Personen
59 erfahren gesetzlich, sozial und gesellschaftlich Gatekeeping und
60 Einschränkungen. Beispielsweise beim Zugang zu Hormontherapien,
61 Namensänderungen, Zugang zu Gender Affirming Care/Surgery oder bei der Jobsuche.
62 Trans* Personen werden oft bei Ärzt*innen, im Bürgeramt oder in der Gesellschaft
63 erniedrigt und müssen beweisen, dass sie genug ihr Gender sind.

64 Dieses System führt dazu, dass trans* Personen diskriminiert werden, Gewalt
65 erleben. Trans* Personen sind besonders anfällig für psychische Krankheiten, wie
66 unter Anderem Depressionen. Unter trans* Personen ist die Suizidrate besonders
67 hoch. Sie erleben oft den Ausschluss aus dem Familien- und/oder Freundeskreis,
68 werden von der Gesellschaft aufgestoßen oder ihnen wird ihre Existenz
69 abgesprochen.

70 Wir fordern: Das Selbstbestimmungsgesetz war ein wichtiger Schritt, aber es
71 benötigt noch mehr! Gender Affirming Care/Surgery muss für Transfrauen ohne
72 Hürden oder Hindernisse erreichbar sein. Queerfeindliche Gewalt muss endlich
73 konsequent verfolgt und bestraft werden, egal ob im Internet oder im echten
74 Leben. Queere Spaces müssen flächendeckend verfügbar und geschützt sein.
75 Therapiezugänge müssen ausgeweitet werden. Keine trans* Person sollte unter
76 Unterdrückung leiden!

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Grüne Jugend Duisburg (dort beschlossen am: 28.04.2025)

Titel: Solidarität auf die Tagesordnung !

Antragstext

1 Die Grüne Jugend NRW setzt sich für eine solidarische Gesellschaft ein, in der
2 soziale Gerechtigkeit, der Schutz von Arbeitsplätzen und die Unterstützung
3 derjenigen, die in unserer Gesellschaft benachteiligt sind, im Mittelpunkt
4 stehen. In Nordrhein-Westfalen, einer Region mit tief verwurzelten
5 Herausforderungen und einem besonders dynamischen Arbeitsmarkt, müssen wir eine
6 klare Haltung gegenüber den sozialen Fragen der Zukunft einnehmen.

7 Im Angesicht von wirtschaftlichen Umstrukturierungen, gesellschaftlicher
8 Ungleichheit und den Folgen des Klimawandels sind es besonders die
9 Arbeitnehmer:innen und ökonomisch benachteiligte Gruppen, die um ihre Zukunft
10 bangen müssen. Wir als Grüne Jugend NRW müssen uns auf die Seite derjenigen
11 stellen, die tagtäglich für ihre Rechte und die Wahrung ihrer Lebensqualität
12 kämpfen. Solidarität mit allen !

13 Dieser Antrag zielt darauf ab, Solidarität zu fördern, Arbeitsplätze zu sichern
14 und die Rechte der Beschäftigten und ökonomisch benachteiligten Gruppen in
15 Nordrhein-Westfalen zu stärken. Dabei beziehen wir uns auf die Werte der
16 sozialen Gerechtigkeit, die wir als Grüne Jugend mit all unserer Energie
17 verteidigen wollen.

18 1. Solidarität mit den Beschäftigten und ökonomisch benachteiligten Gruppen:

19 - Die Grüne Jugend NRW bekennt sich zu einer klaren Solidarität mit den
20 Arbeitnehmer:innen und den sozialen Bewegungen in Nordrhein-Westfalen. Wir
21 setzen uns für die Unterstützung der Gewerkschaften und deren Forderungen nach
22 besseren Arbeitsbedingungen und fairen Löhnen sowie die Erhaltung eines sicheren

23 Arbeitsplatzes,

24 - Wir unterstützen die Rechte von Arbeiter:innen, insbesondere in prekären
25 Beschäftigungsverhältnissen, und fordern den Ausbau von Tarifverträgen und
26 kollektiven Arbeitsrechten für alle Beschäftigten, unabhängig von Branche oder
27 Status.

28 2. Förderung des sozialen Zusammenhalts:

29 - Der soziale Zusammenhalt ist die Grundlage einer gerechten Gesellschaft. Die
30 Grüne Jugend NRW fordert daher die Stärkung der sozialen Sicherheitsnetze und
31 die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

32 - Insbesondere setzen wir uns für eine umfassende Bekämpfung von Kinderarmut und
33 eine Verbesserung der Lebensbedingungen für Menschen in prekären Verhältnissen
34 ein. Es muss sichergestellt werden, dass jede:r die Möglichkeit hat, an der
35 Gesellschaft teilzuhaben.

36 3. Forderung nach einem gerechten und inklusiven Sozialstaat:

37 - Die Grüne Jugend NRW fordert eine Reform des Sozialsystems, das allen Menschen
38 in NRW eine menschenwürdige Existenz ermöglicht. Insbesondere streben wir eine
39 Verbesserung der sozialen Sicherungssysteme, wie z.B. Wohngeld und Sozialhilfe,
40 an, um die Bedürftigen besser zu unterstützen und sie in schwierigen Zeiten zu
41 schützen damit wir eine echte Grundsicherung erreichen !

42 4. Gegner der ungleichen Verteilung von Wohlstand – CEO-Gehälter und
43 Arbeitsplatzangst:

44 - Ein besonders brisantes Thema, das die soziale Ungerechtigkeit in unserer
45 Gesellschaft verdeutlicht, ist die immense Gehaltsschere zwischen den
46 Führungsetagen großer Unternehmen und den einfachen Beschäftigten. Ein besonders
47 deutliches Beispiel dafür ist der CEO von ThyssenKrupp, der Millionen an Gehalt
48 erhält, während die Stahlbeschäftigten in Duisburg und anderen Regionen von
49 Arbeitsplatzverlusten betroffen sind und um ihre Zukunft bangen müssen.

50 - Wir lehnen die extreme Ungleichverteilung von Wohlstand ab und fordern eine
51 gerechtere Entlohnung und eine stärkere Verknüpfung von Unternehmensgewinnen und
52 der sozialen Verantwortung gegenüber den Mitarbeiter:innen. Es kann nicht sein,
53 dass Unternehmensführungen sich enorme Gehälter auszahlen, während die
54 Arbeiter:innen, die zum Erfolg des Unternehmens beitragen, mit Unsicherheit und
55 Arbeitsplatzverlust konfrontiert sind.

56 - Wir fordern daher eine gesetzliche Obergrenze für Gehälter von CEOs und eine
57 stärkere Besteuerung von Großverdienern, um den sozialen Zusammenhalt zu stärken
58 und mehr Gerechtigkeit auf den Arbeitsmärkten zu schaffen.

59 **Beschluss:**

60 Die Grüne Jugend NRW fordert, folgende Maßnahmen umzusetzen:

61 1. Die Stärkung der Rechte von Arbeiter:innen und sozial benachteiligten Gruppen
62 durch die Förderung von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen.

63 2. Der Ausbau des sozialen Sicherheitsnetzes, um Armut und soziale Ungleichheit
64 zu bekämpfen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

65 3. Eine Reform des Sozialsystems, das für alle Menschen in NRW eine
66 existenzsichernde Grundlage bietet.

67 4. Eine Gesetzgebung zur Begrenzung von CEO-Gehältern und zur stärkeren
68 Besteuerung von Großverdienern, um eine gerechtere Einkommensverteilung zu
69 erkämpfen.

70 .

Begründung

Begründung:

In Nordrhein-Westfalen leben viele Menschen in wirtschaftlich benachteiligten Regionen, und nicht alle haben gleiche Chancen im Zugang zu Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit.

Gewerkschaften spielen eine zentrale Rolle, wenn es darum geht, die Rechte der Beschäftigten zu verteidigen, doch es braucht auch eine solidarische Gesellschaft, die alle Menschen, unabhängig von ihrem Geldbeutel oder sozialen Stellung, einbezieht. Um die soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten, müssen wir sowohl die soziale Sicherheit der Menschen stärken den uneingeschränkte Solidarität muss wieder auf der Politischen Tagesordnung stehen !

V4

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: Landesvorstand Grüne Jugend NRW (dort beschlossen am: 29.04.2025)

Titel: **Wenn Unrecht laut wird, werden wir lauter:
Solidarität mit den Protestierenden in der
Türkei!**

Antragstext

1 Die gesellschaftliche und politische Lage in der Türkei hat sich in den letzten
2 Jahren dramatisch zugespitzt. Unter der Führung von Präsident Recep Tayyip
3 Erdoğan regiert eine islamistisch-ultranationalistische Regierung mit harter
4 Hand. Der autoritäre Kurs der AKP hat längst sämtliche roten Linien
5 überschritten: Der Rechtsstaat wurde systematisch ausgehöhlt, kritische Medien
6 gleichgeschaltet oder zerschlagen und demokratische Institutionen zu bloßen
7 Werkzeugen des undemokratischen Machterhalts degradiert.

8 Oppositionelle Stimmen werden nicht nur kriminalisiert und überwacht – sie
9 werden verfolgt, verhaftet, mundtot gemacht oder trotz demokratischer
10 Legitimation abgesetzt. Bürgermeister*innen, Politiker*innen, Aktivist*innen und
11 Journalist*innen, die sich für Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit oder
12 Minderheitenschutz einsetzen, sind zur Zielscheibe eines Staatsapparats
13 geworden, der mit aller Härte gegen jede Form des Widerspruchs vorgeht.

14 Zuletzt traf es den bekannten Oppositionspolitiker Ekrem İmamoğlu, einen der
15 stärksten Herausforderer Erdoğan's. Seine Verhaftung, am 19. März 2025, reiht
16 sich ein in eine lange Liste politischer Gefangener – wie Selahattin Demirtaş,
17 der bereits seit 2016 unter konstruierten Vorwürfen inhaftiert ist, weil er sich
18 für eine demokratische und freie Türkei eingesetzt hat. Allein in den letzten
19 Jahren wurden hunderttausende Akademiker*innen, Journalist*innen, Abgeordnete
20 und Oppositionelle verfolgt, verurteilt oder aus ihren Ämtern entfernt.

21 Was in der Türkei geschieht, ist keine demokratische Auseinandersetzung – es ist
22 die systematische Zerschlagung aller demokratischen Strukturen. Wahlfälschungen,
23 Medienkontrolle, politische Justiz und Gewalt gegen Protestierende sind
24 trauriger Alltag.

25 Es ist ein Teil eines weltweiten Pfades in Richtung Autoritarismus. Wir sehen
26 ähnliche Entwicklungen im Iran, in Russland, in El Salvador, Belarus – und auch
27 in den USA entwickeln sich zunehmend autoritäre Tendenzen, während die
28 demokratischen Strukturen Stück für Stück zerstört werden. Wenn eine Demokratie
29 fällt, betrifft das uns alle. Der Widerstand der Protestierenden in der Türkei
30 ist ein Symbol für die globale Hoffnung, dass es anders sein kann. Wenn Menschen
31 dort unter größten Gefahren gegen ein Regime aufstehen, dann tun sie das auch im
32 Namen aller, die noch in Freiheit leben.

33 Die Kämpfe, die in der Türkei geführt werden, sind auch unsere Kämpfe. Sie
34 zeigen, wie fragil Freiheit und Demokratie sind – und wie notwendig unsere
35 Solidarität ist.

36 Denn der Einfluss von Erdoğan und seiner islamistisch-ultranationalistischen AKP
37 endet nicht an den Landesgrenzen – er reicht bis tief nach Nordrhein-Westfalen.
38 Hier in NRW lebt eine der größten Diasporas aus der Türkei: Kurd*innen,
39 Alevit*innen, Armenier*innen, oppositionelle Demokrat*innen, queere
40 Aktivist*innen, Journalist*innen, linke Studierende – Menschen, die vor
41 Repression, Gewalt und politischer Verfolgung geflohen sind. Sie alle haben sich
42 NRW als neue Heimat ausgesucht, um in Sicherheit zu leben – frei von Angst,
43 Drohungen und Überwachung.

44 Doch auch hier sind sie nicht sicher. Ultranationalistische Organisationen wie
45 ATIB sind in vielen Städten aktiv und betreiben systematische Einschüchterung,
46 Diskriminierung, Ausgrenzung, organisieren Erdoğan-nahe
47 (Wahlkampf)veranstaltungen, schüren Hass und bedrohen Menschen, die sich in der
48 Türkei oder hier gegen das Regime stellen. Diese Gruppierungen stehen nicht auf
49 dem Boden unserer Demokratie – sie vertreten ein autoritäres, nationalistisches
50 Weltbild, das weder mit unseren Grundwerten vereinbar ist, noch mit dem Recht
51 auf Schutz für politisch Verfolgte.

52 2023 stimmten in NRW mehr türkeistämmige Wahlberechtigte für ihn als in der
53 Türkei selbst. Das ist das Ergebnis jahrelanger Vernetzung und politischer
54 Einflussnahme durch AKP-nahe Organisationen. In Städten wie Köln, Neuss und
55 weitere gab es Auftritte, bei denen zur Hetzjagd auf die Opposition aufgerufen
56 wurde.

57 Wir sagen klar: Das muss gestoppt werden!

58 Deshalb fordern wir als GRÜNE JUGEND NRW die sofortige Freilassung aller
59 politischen Gefangenen in der Türkei und ein Ende der systematischen Repression
60 gegen Kurd*innen, Alevit*innen, linke und queere Aktivist*innen,
61 Journalist*innen sowie alle Menschen, die sich mutig gegen die autokratische
62 Regierung stellen.

63 Die Türkei ist kein sicherer Drittstaat – Abschiebungen dorthin müssen gestoppt
64 werden. Politisch Geflüchtete brauchen hier in NRW konsequenten Schutz,
65 insbesondere vor dem Einfluss AKP-naher Organisationen wie der ATIB, die durch
66 soziale Kontrolle und Einschüchterung versuchen, Druck auf Geflüchtete
67 auszuüben.

68 Darüber hinaus fordert die GRÜNE JUGEND NRW ein Verbot von Wahlkampfauftritten
69 und Propagandaveranstaltungen türkischer Regierungsvertreter*innen auf deutschem
70 Boden, denn demokratiefeindliche Ideologien dürfen in unserer Gesellschaft
71 keinen Platz haben.

72 Unsere Solidarität gilt uneingeschränkt allen, die sich gegen das autoritäre
73 Regime Erdoğan erheben, egal ob in der Türkei oder hier in NRW.

V5

Verschiedene Anträge

Initiator*innen: KVen Aachen, Bonn, Köln, Mettmann und Padaborn (dort beschlossen am: 28.04.2025)

Titel: Digitale Dienste - unsere Chats gehören uns!

Antragstext

1 ANTRAG IN EINFACHER SPRACHE UNTEN

2 -----

3 Die GRÜNE JUGEND NRW nutzt digitale Dienste. Beispielsweise um

- 4 • Nachrichten auszutauschen,
- 5 • Daten zu speichern und
- 6 • sich öffentlich darzustellen.

7 Verschiedene Interessen müssen dabei gegeneinander abwägen werden.
8 Beispielsweise die

- 9 • Datensicherheit,
- 10 • Bedienbarkeit,
- 11 • Sozialverantwortliche Digitalisierung,
- 12 • Verbreitung in der Gesellschaft,

- Inklusivität, d.h. dass niemand von der Nutzung der Plattform ausgeschlossen oder dabei behindert wird.

Datensicherheit

Um uns als politische Organisation und politisch aktive Einzelpersonen nicht angreifbar zu machen, sollte, besonders bei sensiblen Daten, darauf geachtet werden, dass **Daten sicher verarbeitet** werden. Dies beinhaltet auch, dass die sichere Verarbeitung der Daten **überprüfbar** sein sollte (unter anderem sollte der Code öffentlich sein (Open Source), sowohl der des Endgerätes als auch der des Servers).

Bedienbarkeit

Die Bedienbarkeit und die Zweckmäßigkeit von digitalen Diensten sollte so gestaltet sein, dass sie die **Arbeit des Verbands unterstützen** und auch für neue Mitglieder **intuitiv nutzbar** sind.

Sozialverantwortliche Digitalisierung

Die GRÜNE JUGEND NRW versteht sich als großkonzernkritische politische Jugendorganisation.

In der heutigen Zeit üben viele **Großkonzerne** mit ihren Algorithmen, Geld, etc. auch **politische Machtaus** und unterstützen teils undemokratische Parteien und Strömungen. Demokratische Institutionen haben dem scheinbar wenig entgegenzusetzen. Umso wichtiger ist es, dass die GRÜNE JUGEND NRW bei der Auswahl von digitalen Dienstleistungen auf die Sozialverträglichkeit achtet und **gemeinnützige Organisationen** bei der Auswahl **bevorzugt**.

Social-Media-Accounts von politischen (linken) Organisationen werden immer häufiger grundlos gesperrt oder ihre Reichweite eingeschränkt. Dies ist ein Angriff auf die Demokratie. Die GRÜNE JUGEND NRW erkennt an, dass es in einer digitalen Gesellschaft auch demokratische digitale Debattenräume braucht. Diese mitzugestalten, nimmt sich die GRÜNE JUGEND NRW vor.

Verbreitung in der Gesellschaft

Insbesondere bei der **Außendarstellung** und **Öffentlichkeitsarbeit** ist die

42 Verbreitung in der Gesellschaft entscheidend. Auch bei anderen Diensten
43 **erleichtert** eine starke Verbreitung in der Gesellschaft **Neuen den Einstieg** in
44 die Dienste und in den Verband.

45 **Inklusivität**

46 Wir sind ein inklusiver Verband und wollen durch unser Handeln **keine Menschen**
47 **ausschließen** oder separieren. Daher sollte ein Dienst auch gewährleisten, dass
48 niemand von der Nutzung ausgeschlossen wird. Weder durch Einschränkungen der
49 Personen noch durch Bestimmungen der anbietenden Organisation.

50 Da wir als politische Jugendorganisation kein Mindestalter haben und auch Kinder
51 bei uns willkommen sind, ist es umso wichtiger, dass diese **nicht** durch die
52 Nutzung einer App mit **hoher Altersfreigabe ausgeschlossen werden** oder zu einem
53 Verstoß gegen die AGB gedrängt werden. Falls ein Dienst ein Mitglied wegen Alter
54 oder anderen Einschränkungen, von der Nutzung ausschließt, soll geprüft werden,
55 wie auch diesem Mitglied ein Zugang zu den Informationen gewährt werden kann.

56 **Abwägung**

57 Nicht immer kann ein Dienst gefunden werden, der allen formulierten Kriterien in
58 vollem Umfang gerecht wird. Die genannten Richtlinien dienen dabei nicht zum
59 Ausschluss der Nutzung von Diensten, sondern sollen vielmehr eine Richtschnur
60 bieten um **Dienste miteinander zu vergleichen**. Daher sollte es eine Abwägung
61 geben, in der Dienste nach den jeweiligen Faktoren überprüft und verglichen
62 werden. Jeder Faktor sollte dabei genug Beachtung finden und in die Abwägung
63 einbezogen werden.

64 Für die **interne Nutzung** (bspw. Kurznachrichten und Speicherung) sollte dabei die
65 **Datensicherheit** grundsätzlich eine höhere Priorität erhalten als die Verbreitung
66 in der Gesellschaft.

67 Bei der **Außendarstellung** ist die **Verbreitung in der Gesellschaft** entscheidend.
68 Um sich von einzelnen Unternehmen unabhängiger zu machen, **kann** aber die
69 Möglichkeit der gleichberechtigten Nutzung von **mehreren verschiedenen Social-**
70 **Media-Plattformen** geprüft werden. Mindestens eine dieser Plattformen sollte
71 dabei auch die anderen Interessen bestmöglich erfüllen.

72 Der ständige Wechsel von Plattformen ist nicht das Ziel. Der **Wechsel** wird
73 vollzogen, wenn eine **Plattform signifikante Vorteile bietet** und dies auch für
74 die kommenden Jahre absehbar ist. Jenes Vorgehen befürwortet die GRÜNE JUGEND

75 NRW auch auf Kreis-, Bezirks- und Bundesebene.

76 **Handlungsempfehlung**

77 Es soll auf Landesebene eine **kontinuierliche Überprüfung** der eingesetzten
78 digitale Werkzeuge stattfinden. Dafür wird von dem Landesvorstand
79 sichergestellt, dass bei Bedarf und **mindestens alle zwei Jahre** die genutzten
80 Internetdienste (Dienste die Daten über das Internet austauschen oder beziehen)
81 anhand der genannten Kriterien überprüft werden. Ein entsprechender Bericht wird
82 dem **Landesverband zugänglich gemacht** und es sollte eine Beteiligung des
83 Verbandes ermöglicht werden. Die erste Evaluation soll bis Ende 2025
84 abgeschlossen werden.

85 -----

86 HIER STEHT DER ANTRAG NOCHMAL.
87 DER ANTRAG STEHT HIER IN EINFACHER SPRACHE.

88 Die GRÜNE JUGEND NRW nutzt das Internet.

89 Sie nutzt das Internet, um:

- 90 • Nachrichten zu senden.
- 91 • Daten zu speichern.
- 92 • Sich der Öffentlichkeit zu zeigen.

93 **Wichtige Themen**

94 Es gibt wichtige Themen.

95 Diese Themen sind:

- 96 • Datensicherheit.
- 97 • Einfach zu bedienen.
- 98 • Verantwortungsvoll nutzen.

99 • Für alle zugänglich.

100 • Inklusiv, damit alle mitmachen können.

101 Wichtige Regeln für Daten

102 **Warum Daten wichtig sind**

103 Wir sind eine politische Gruppe.

104 Wir arbeiten politisch.

105 Wir schützen unsere Daten.

106 **Regeln für den Schutz**

107 Wichtige Daten schützen wir gut.

108 Jeder soll prüfen können, ob wir richtig schützen.

109 Der Computer-Code muss offen sein.

110 Der Server-Code muss offen sein.

111 **Einfach zu bedienende Dienste**

112 Digitale Dienste sollen einfach sein.

113 Neue Mitglieder sollen sie verstehen.

114 Das hilft der Arbeit vom Verband.

115 **Soziale Verantwortung**

116 Die GRÜNE JUGEND NRW ist gegen große Firmen.

117 Große Firmen haben viel Macht.

118 Sie nutzen Algorithmen und Geld.

119 Sie unterstützen manchmal schlechte Parteien.

120 Demokratische Institutionen können wenig tun.

121 Diese Dienste sollen gut für alle sein.

122 Gemeinnützige Organisationen sollen zuerst gewählt werden.

123 **Bekanntheit**

124 Es ist wichtig, dass viele Menschen uns kennen.

125 Wir wollen Dienste nutzen, die viele schon kennen.

126 Dann können neue Menschen uns besser kennenlernen.

127 Das hilft allen, die unsere Dienste nutzen.

128 **Inklusivität und Zugang**

129 Wir sind ein Verband für alle.

130 Wir schließen niemanden aus.

131 Unsere Dienste sind für alle Menschen.

132 Niemand soll ausgeschlossen werden.

133 **Wichtige Informationen für Kinder**

134 **Keine Altersgrenze für Mitgliedschaft**

135 Wir sind eine Jugend-Gruppe.

136 Es gibt keine Alters-Grenze.

137 Auch Kinder können mitmachen.

138 **App-Nutzung für Kinder**

139 Es ist wichtig:

140 Kinder dürfen mache Apps nicht nutzen.

141 Die App ist nur für Erwachsene.

142 Das ist nicht gut.

143 Wenn ein Dienst ein Kind sperrt,

144 muss man eine Lösung finden.

145 Das Kind soll die Infos bekommen.

146 Wechsel von Plattformen

147 Man soll nicht oft die Plattform wechseln.

148 Man wechselt, wenn es Vorteile gibt.

149 Diese Vorteile sollen auch in Zukunft bleiben.

150 **Unterstützung der GRÜNEN JUGEND**

151 Die GRÜNE JUGEND NRW unterstützt das.

152 Das gilt für alle Ebenen:

- 153 • Kreis
- 154 • Bezirk
- 155 • Bund

156 **Überprüfung von digitalen Werkzeugen**

157 **Regelmäßige Kontrolle**

158 In NRW sollen digitale Werkzeuge geprüft werden.

159 Der Landesvorstand sorgt dafür.

160 Mindestens alle zwei Jahre prüfen wir die Internet-Dienste.

161 Bei Bedarf auch häufiger.

162 **Was sind Internet-Dienste?**

163 Internet-Dienste tauschen Daten über das Internet aus.

164 Wir prüfen sie nach bestimmten Kriterien.

165 **Bericht und Beteiligung**

166 Ein Bericht geht an den Landesverband.

167 Der Verband kann mitmachen.

168 **Erste Prüfung bis Ende 2025**

169 Die erste Prüfung soll bis Ende 2025 fertig sein.

Begründung

TLTR (zu lang zu lesen):

Es werden Kriterien aufgestellt. Diese sollen beim Vergleich von digitalen Diensten helfen. Es sollte gewechselt werden, wenn ein anderer Dienst besser ist. Die Dienste sollte mindestens alle 2 Jahre (startend mit 2025) überprüft werden. Die Erklärung der Kriterien und die unterschiedliche Gewichtung (Abwägung) sind in den jeweiligen Abschnitten des Antrags aufgeführt.

--

Um die Nutzung digitaler Dienste und damit auch der Daten von allen demokratischer zu gestalten, möchten wir mit diesem Antrag unsere Werte ausdrücken, an denen man sich bei der Wahl der Dienste orientieren sollte. Wir wollen keine einzelnen Dienste vorschreiben, sondern halten eine kontinuierliche Überprüfung für wichtig. Das ist alleine deswegen wichtig, da sich Inhaber*innen und die Algorithmen der Dienste ständig ändern können. Angestoßen wurde das Schreiben des Antrags durch die Frage nach einem Wechsel von Telegram Chatgruppen auf Signal:

Die aktuell noch in weiten Teilen der GRÜNEN JUGEND genutzte Kommunikationsplattform Telegram schneidet in Bezug auf zentrale Kriterien wie Datensicherheit, Transparenz und sozialverantwortliche Digitalisierung nicht zufriedenstellend ab.

Telegram bietet beispielsweise keine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung für Gruppenchats. Darüber hinaus werfen der Firmensitz in Dubai sowie die intransparente Unternehmensstruktur erhebliche datenschutzrechtliche und ethische Bedenken auf.

Ein besonders gravierendes Problem stellt zudem die Altersbeschränkung von 18 Jahren dar. Diese schließt einen erheblichen Teil unserer Mitgliedschaft von der Nutzung aus, zwingt viele zur Umgehung der Nutzungsbedingungen und verhindert somit eine gleichberechtigte Teilnahme an internen Kommunikationsprozessen.

Vor diesem Hintergrund empfehlen wir, kurz- bis mittelfristig einen **Wechsel von Telegram** zu einer alternativen Plattform für die interne Kommunikation anzustreben. Die Antragsstellenden sprechen sich ausdrücklich für die Nutzung von **Signal** aus. Nicht nur für Chatgruppen sondern auch für Channels. Auf Landesebene kann problemlos die Gruppe 515 (Stand 26.04.) Nutzenden des NRW Channels in einer Signalgruppe beitreten (maximalanzahl 1000). Falls die Zahl an 1000 Mitgliedern überschritten wird, zeigt das zum einen, wie viel mehr Menschen durch dieses Vorgehen erreicht werden. Außerdem kann man bspw. über mehrere parallele Gruppen sicherstellen, dass noch mehr Menschen Zugang zu den Informationen bekommen.